

Ich sag nicht zu allem: Amen

Kontaktadresse Nikolaikirche Leipzig

Aufgesucht von Andreas Lehmann und Jens-Uwe Korsowsky

Namen und Adresse fanden wir in der Lesecke in der Leipziger Nikolaikirche. Unter Beiträgen und Briefen an die Leipziger Volkszeitung (LVZ), deren Kern in drei Worten zusammengefasst werden kann: Dialog statt Gewalt. Wir spürten, da will jemand reden. Wir nahmen das Angebot an. Ohne die Illusion, dort zu erfahren, was jetzt zu tun sei, allein mit dem Vorsatz zuzuhören, miteinander zu reden, zu widersprechen, kurz: soziale Erfahrung zu sammeln für die gesellschaftliche Selbst-Erkentnis. Wir trafen auf Susanne Rummel kamen ins Gespräch.

Welchen konkreten Anlass gab es für Sie, sich auf diese Art zu Wort zu melden?

Susanne Rummel: Ich hatte das Gefühl, jetzt etwas machen zu müssen. Der Pfarrer der Nikolaikirche bat mich, Artikel zu den montäglichen Friedensgebeten zu schreiben.

Wann war das: „jetzt“?

Als ich am 4. September die Auseinandersetzungen vor der Kirche nach dem Friedensgebet gesehen habe. Da wollte ich dann auch nicht mehr länger still sein. Ich meine, es war einfach auch etwas Egoistisches, an mich zu denken, an meine eigene Entwicklung und an mein Kind, dass ich später sagen kann, ich habe etwas getan, nicht nur zugeguckt. Ich möchte nicht zur schweigenden Mehrheit gehören. Ich bin der Meinung, dass jeder seine persönlichen Probleme öffentlich darlegen muss. Ich bin ja nun kein Exhibitionist, im Gegenteil, ich wusste auch nicht, ob ich sofort meine Adresse darunterschreiben sollte. Es ist auch Überwindung für mich gewesen, an die LVZ zu schreiben, ohne nun Max Mütze darunterzusetzen. Und da fand ich das wieder feige, man muss sich dazu überwinden, in diesem Land nach so langer Zeit des Schweigens, des Mitmachens, des Erduldens, des Beiseite-Stehens.

Den Dialog, den Sie in Ihren Briefen anbieten, an wen ist der gerichtet?

Aus: Sonntag 44/1989, Ich sag nicht zu allem: Amen

Zunächst an die LVZ, die ja in verschiedenen Artikeln davon schrieb, dass sich hier in und an der Nikolaikirche gewissenlose Elemente treffen und zusammenrotten. So undifferenziert kann man die Leute aber nicht beurteilen. Man muss doch wissen, warum sie herkommen und Unzufriedenheit äußern und sollte sie nicht einfach kriminalisieren. Mein Anliegen war es, zu sagen, warum wir montags hier sind.

Ich kann natürlich nicht für alle sprechen. Für mich ist entscheidend gewesen das Problem der Informationspolitik, diese Schönfärberei. Nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 ist gesagt worden, wir müssen alles tun gegen Schönfärberei und deshalb Kritik und Selbstkritik so entwickeln, dass es nie wieder dazu kommen kann, dass die Partei das Volk nicht mehr versteht und umgekehrt. Heute stehe ich gleichen Erscheinungen gegenüber.

Zum Beispiel?

In der Sprache der Medien. Ich finde zunehmend militante Begriffe, die sich natürlich in letzter Zeit, wo es zu Auseinandersetzungen gekommen ist, häufen. An irgendeiner „Front“, am „Kampfplatz“ waren wir ja immer. Dann gab es Sätze, dass man „endgültig und wirksam alles unterbinden muss, wenn nötig mit der Waffe in der Hand“, die jagten mir einfach einen Schauer über den Rücken. Ich brauche auch nicht an einem Tag, wo die Luft brennt, wie am 9. Oktober, seitenweise Glückwunschtelegramme in der Zeitung, ich brauche keine Hofberichterstattung mich stören Worthülsen.

Wir denken auch, dass der Umgang mit dem Wort, das Auseinanderfallen von Zeichen und Bedeutung, die Entleerung der Begriffe durch zu häufigen Ge- beziehungsweise Missbrauch Ausdruck unserer Situation ist. Es sollte jetzt und wieder zur Regel werden, dass ich einen Begriff gebrauche und gleichzeitig frage: Was ist das, was meine ich damit?

Deshalb fürchte ich um das Wort: Dialog. Ich meine, man kann nach einem Dialog durchaus auseinandergehen und trotzdem

der Freitag, Seite 2

verschiedener Meinung sein. Es kommt doch zumindest darauf an, sich über die Positionen erst einmal verständigt zu haben. Zum Beispiel: Der Sozialismus steht nicht zur Disposition. Also: Was ist das, was heißt das? Sind die Eigentumsverhältnisse gemeint – da gehe ich konform. Ist die sozialistische Demokratie gemeint, sehe ich das anders.

Apropos. Wir sind in öffentlichen Diskussionen auf zwei Extreme gestoßen. Einerseits die ausschließliche Delegation der Verantwortung für die entstandene Situation an die entsprechenden Funktionäre, andererseits die Meinung: Wir sind alle schuld. Würden Sie so etwas wie nicht wahrgenommene Verantwortung auch für sich in Anspruch nehmen?

Auf jeden Fall. Nur war mir lange auch nicht klar, in welchem Forum ich mich äußern kann. Die Angst, beiseite zu sitzen und zuzugucken, hat mich schließlich in die Nikolaikirche gebracht.

Die allgemeine Resignation, die sich wie ein grauer Schleier über alles gelegt hat – es ist doch sehr gut, dass der jetzt wegrißt, dieser Schleier. Es ist so, dass man hier nicht lebt, sondern gelebt wird. Ich kann entscheiden, ob ich nun ein blaues oder ein grünes T-Shirt kaufe – falls es gerade welche gibt, aber zu entscheiden, ob du nun jetzt ein Hochschulstudium anfängst oder erst in fünf Jahren, die Möglichkeit hast du nicht, weil der Weg über Abitur, Armee, Praktika et cetera klar vorgezeichnet ist. Bei uns ist alles so fertig, alles steht bereit. Ich glaube, wenn man den Leuten ihre Entscheidungen, die Möglichkeiten, selbst zu denken, abnimmt, dann kann man nicht mehr viel von ihnen erwarten, keine Kreativität.

Und was gäbe es für Alternativen?

Sagen wir mal so: Wir drei sitzen jetzt zusammen und versuchen, erst mal die Probleme auszudrücken, aber die Alternativen, die habe ich natürlich noch nicht gefunden.

Warum wurden viele dieser Probleme bisher in der Kirche artikuliert und nicht anderswo?

Ich nehme an, weil man dort angehört wird, ohne soziale Folgen zu erleiden.

Läuft das nicht darauf hinaus, dass Probleme nicht dort verhandelt werden, wo sie verhandelt werden müssen?

Man ist doch auch als Christ Staatsbürger und lebt unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen. Ich lebe doch nicht in Wolkenkuckucksheim und sag Amen zu allem, was passiert.

Besteht dadurch aber nicht die Gefahr, dass die Kirche in eine Art Stellvertreterrolle gedrängt wird?

Ja, in der fühlt sie sich ja auch nicht wohl, das will sie auch nicht. Deshalb denke ich, dass es gut ist, dass dieser Protest aus den Kirchen herausgegangen ist. Irgendwie ist aber, glaube ich, die Nikolaikirche in Ihren Köpfen stellvertretend für Opposition. An der Nikolaikirche steht seit Jahren: Offen für alle. Die Lesecke ist inzwischen eine stark besuchte. Offensichtlich besteht ein Bedürfnis nach dem öffentlichen Verhandeln von Problemen, die keine andere Form im Staat befriedigen konnte. Sonst würden die Leute doch nicht in die Kirche kommen. So viele Christen gibt es in der DDR nicht. Ich nehme an, dass die Kirche einfach auf ein Vakuum getroffen ist, ein Artikulationsvakuum.

Man muss sich immer darauf besinnen, wie dieses Friedensgebet an den Montagen entstand. Nämlich 1982, als Pershing und SS 20 stationiert wurden. Und es ist immer noch die Aufgabe, für Frieden zu beten, aktiv für Frieden einzutreten, und dazu gehört eben auch, wie man sich verhält in dieser Welt, wie man lebt. Ich maße mir auch nicht an, die Antworten auf die vor uns stehenden Fragen in der Tasche zu haben.

In einer arbeitsteiligen Gesellschaft wird es wohl niemanden geben, der ein Gesellschaftskonzept aus der Tasche ziehen kann.

Dies wird man nur finden können im gesellschaftlichen Diskurs, sowohl durch die Beiträge von Wissenschaftlern und Künstlern als auch durch die alltäglichen sozialen Erfahrungen eines jeden. Die Frage für uns ist, wie kann man ein politisches System konstituieren, das diese Wahrheitsfindung künftig effektiv ermöglicht. Wir werden uns mit den bestehenden Strukturen wandeln müssen. Jene kann ich nicht einfach auflösen, dann hätte ich das Chaos. Ich kann doch diese Strukturen als Gerüst behalten, um Neues entstehen zu lassen.

Mit welchem Ziel?

Einen Sozialismus zu schaffen, mit dem wir ins nächste Jahrtausend kommen.

Was heißt das?

Es müsste eine Selbstkontrolle geben. Der Partei, des Staates. Vor allen Dingen aber fachliche Kompetenz. Woher weiß ich denn, ob ein bestimmter Minister wirklich geeignet ist, dieses Ministerium zu leiten. Ich meine, dass über Kompetenz nicht das Parteidokument entscheidet.

Und wie überprüfe ich Kompetenz?

Durch ein System der Selbstkontrolle.

Wie soll das nach Ihren Vorstellungen aussehen?

Bin ich Jesus?

Da braucht man nicht Jesus zu sein.

Über die Probleme hinwegzusehen, das darf auf jeden Fall nicht mehr passieren, da muss eben diese Selbstkontrolle funktionieren, das ist meine Meinung. Das bedeutet, dass man sich selbst kontrolliert und anderen jederzeit, ohne gefragt zu werden, ehrlich Auskunft erteilt über seine Arbeit, nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Das ist doch aber moralisierend. Müssen nicht Verhältnisse geschaffen werden, die einen Verantwortlichen, egal auf welcher Ebene, kontrollieren? Als ein Regulativ zum Beispiel Journalismus, als Kontrollpunkt zwischen oben und unten, rechts und links, vermittelnd, und zwar öffentlich?

Aber das ist bis jetzt nicht geschehen.

Ja, und deswegen müssen unserer Meinung nach politische und rechtliche Garantien geschaffen werden, dass Journalismus diese Funktion erfüllen kann.

Über das Konkrete habe ich mir – muss ich ehrlich sagen – noch keine Gedanken gemacht.

Nehmen wir an, die Medien erfüllen diese Funktion. Welcher Gegenstände müssten sie sich Ihrer Meinung nach dann annehmen, welchen Problemen zuwenden, die uns doch mindestens genauso unter den Nägeln brennen?

Oftmals zunächst Dingen, die die Leute ganz existentiell betreffen. Versorgungsprobleme. Fleisch in ausreichendem Maße, auch nach 17:00 Uhr, und Dinge, die eine gesunde Ernährung ermöglichen. Und dann dieses Gefühl, immer bevormundet zu werden, für alles einen Antrag stellen zu müssen, ohne dass es mal unbürokratisch läuft; die „Abfertigung“ bei den Behörden.

Einzelbeispiele, die sich summieren, und entweder man wird magenkrank oder man geht auf die Straße. Dieses Gefühl, dass du für Sachen betteln musst, die dringend benötigt werden. Wir hatten Anträge für Reparaturen in der Wohnung, die liefen drei Jahre. Es ging um elektrische Leitungen. Wenn die total kaputt gegangen wären, hätte es vielleicht einen Brand gegeben. Vielleicht stand kein Geld zur Verfügung? Aber dann sind es die niedrigen Mieten. Wenn ich für so eine Wohnung, wie diese hier, so wenig bezahle, dann kann ich eigentlich kaum etwas verlangen...

Um auf den Anfang unseres Gesprächs zurückzukommen: Was denken Sie, wie sollte oder wie wird sich das Gespräch in den nächsten Tagen gestalten?

Die Demonstrationen am Montag Abend sind, für mich, ein Symbol. Die haben ja nichts mit Diskussion zu tun. Wenn nun öfter zu lesen und zu hören ist, die Straße sei kein Ort für Diskussionen – das weiß ich selbst. Die Leute werden aber so lange oder dann wieder auf die Straße gehen, falls sich nichts bewegt.

Das ist doch paradox. Sie gehen auf die Straße, damit sich etwas tut, aber letztlich würden Sie nach dem alten Muster wieder darauf warten, bis sich etwas ändert, dass Ihnen etwas geändert wird.

Ich denke aber auch, dass man Dinge mit diesem Demonstrieren aus der Ruhe gebracht hat. Deshalb darf man die Demonstrationen nicht so einfach diffamieren. Ich möchte mich bemühen, mit anderen stärker in Kontakt zu kommen, um wirklich mal Sachfragen auf den Tisch zu bringen. Nicht nur mobilisieren, sondern auch was anbieten.

Nur innerhalb der Kirche?

Das ist mir egal.

© 2009 für diesen Text
der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co. KG, Berlin
freitag.de